

Sozialer Markt in Großbritannien?

Ing. Luděk Rychetník, Csc. (Reading University)

Einleitung: eine kürzliche Kontroverse

Im April, als ich diesen Beitrag schrieb, wurde der britische Premierminister David Cameron mit öffentlichen Vorwürfen sowohl von Seiten der anglikanischen Kirche, der Methodisten und Quäker, als auch von Seiten des katholischen Kardinals Vincent Nichols konfrontiert. Vorgeworfen wurde ihm, die Regierung würde mit ihren Sparmaßnahmen das „soziale Rettungsnetz zerreißen“ und die Menschen müssten Rettung bei gemeinnützigen „Lebensmittelbanken“ suchen (FT Editorial 2014; Helen Warrell, Jim Pickard 2014; Catherine Pepinster 2014).

Die Vorwürfe religiöser Vertreter und die darauffolgende Debatte in den Medien haben dem Premierminister politisch geschadet und sie hat ihn gewiss auch persönlich getroffen, insbesondere da Cameron aktiver Anglikaner ist, der in seinen Reden die Bedeutung des Christentums würdigt und Großbritannien mehrmals als „christliches Land“ charakterisierte. Zuletzt tat er dies in diesem Jahr vor Ostern in einem Artikel für die *Religious Times* (David Cameron 2014). Damit rief er jedoch erneut Widerspruch und Proteste hervor. Eine Gruppe von 55 öffentlich bekannten Persönlichkeiten, publizierte in den Medien einen Brief, in dem sie Cameron beschuldigte, er würde „die Entfremdung und Aufspaltung der Gesellschaft unterstützen“ (Letter 2014, John Bingham 2014). Erster Unterzeichner des Briefes war Professor Al-Khalili, Physiker und gegenwärtig Präsident der über hundert Jahre alten *Britischen Humanistischen Vereinigung*, eines Zusammenschlusses nichtreligiöser Bürger. Dieser charakterisierte den Brief als Ausdruck der Beunruhigung – nicht nur über einen einzelnen Artikel des Premierministers, sondern über den „besorgniserregenden Trend“ immer häufigerer Erklärungen von Politikern über ein „christliches Großbritannien“. Demgegenüber sprachen sich Vertreter des Hinduismus und der Muslime in dem Sinne aus, dass auch sie Großbritannien für ein christliches Land halten, das für ihren Glauben eine gute Heimat ist (BBC 2014, 21. April).

Ich erwähne diese Episode aus dem öffentlichen Leben, weil sie die Bedeutung des Christentums in der britischen Politik dokumentiert und gleichzeitig im Kontrast steht zur langanhaltenden eigentümlichen Herangehensweise an das europäische christdemokratische Verständnis der Wirtschaftspolitik, an die soziale Marktwirtschaft.

Auch die „Beunruhigung (*Britische Humanistische Vereinigung*) über den besorgniserregenden Trend“, dass Politiker bereit sind, von Zeit zu Zeit das Christentum zu erwähnen, mag in der Realität einen gewissen Anhalt haben. Die Finanz – und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 und in den folgenden Jahren hat den Glauben an einen sich selbst regulierenden Markt und an die allgemeine Wohltätigkeit eines starken autonomen Finanzsektors erschüttert. Dieser Glaube – als Grundlage des Neoliberalismus – schuf einen gewissen gemeinsamen ideologischen Rahmen und wirkte in den letzten dreißig Jahrzehnten integrierend auf die Gesellschaft ein. Es ist möglich, dass sich Politiker nun (instinktiv?) auf das Christentum berufen, das – wie in der Vergangenheit – vielleicht die Gesellschaft erneut vereinigen könnte. Erleben wir nach den katastrophalen Wellen von Pseudoreligion, Nationalismus, Kommunismus und Neoliberalismus nun eine Rückkehr zur Religion?

Die Lehre von der sozialen Marktwirtschaft, im Sinne einer Gesamtorientierung der Wirtschaftspolitik, wurde in Großbritannien zweimal in Gang gesetzt – in beiden Fällen ohne Erfolg.

Der erste Start

In den Jahren 1970–74 regierte die Konservative Partei unter der Führung von Edward Heath. Seine Regierung trat mit dem liberalen Wirtschaftsprogramm eines sparsamen Staates an. Sie wollte die langanhaltenden Gebrechen der britischen Wirtschaft heilen: Inflation, Haushaltsdefizit und staatliche Unterstützung für große verlustreiche Firmen (*lame ducks* – „lahme Enten“ wie Rolls–Royce und das schottische Schiffskonglomerat Upper Clyde), sowie ein relativ langsames Wirtschaftswachstum. Doch der Bergarbeiterstreik im Winter 1971/72, die darauffolgende Energiekrise und der Anstieg der Arbeitslosigkeit veranlassten die Regierung zu einer Kursänderung. Sie machte Eingeständnisse an die Bergarbeiter, die *Lame ducks* wurden durch eine Finanzspritze gerettet, von Neuem wurden eine staatliche Einkommenspolitik und eine Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse eingeführt. Im Jahre 1973, im Zusammenhang mit dem Jom–Kippur–Krieg und dem Diesel–Embargo stiegen die Dieselpreise auf einen Schlag auf das Vierfache an. Die Inflation näherte sich der 10–Prozent–Marke und wuchs weiter (den Höhepunkt erreichte sie mit 24 % im Jahre 1976). Die Regierung schrieb für den Februar 1974 Wahlen aus und forderte von den Wählern das Mandat für einen harten Kurs gegenüber den Gewerkschaften. Die Wahlen wurden jedoch von der Labour Party gewonnen, wenn auch mit geringer Mehrheit; deutlich war aber, dass sich die Wähler in einem

Krisenwinter nicht gegen die streikenden Bergarbeiter stellen wollten. Bei den Neuwahlen im Herbst gewann die Labour Party erneut, diesmal bereits mit überzeugender Mehrheit.

Innerhalb der Konservativen Partei löste die zweifache Wahlniederlage einen ideologischen Streit und ein Ringen um die weitere politische Ausrichtung aus. Trotz des Widerstands von Edward Heath gründete Sir Keith Joseph im Jahre 1974 das *Center for Policy Studies* (CPS), eine Denkfabrik (think tank), deren erste Aufgabe es war, die Ursachen des Misserfolgs der ursprünglichen liberalen Politik von Heaths Regierung und die Ursachen der zweifachen Wahlniederlage zu analysieren. Mit der Denkfabrik arbeiteten Friedrich Hayek, Michael Oakeshott und weitere konservativ liberal denkende Intellektuelle zusammen. Das CPS gab im darauffolgenden Jahr ein kurzes zehseitiges Essay unter dem Titel *Why Britain needs a social market economy* (Warum Großbritannien eine soziale Marktwirtschaft braucht) heraus, in dem es sich erstmals und zugleich am deutlichsten zum Gedanken des sozialen Marktes bekannte, den es als „gesellschaftlich verantwortliche Marktwirtschaft“ definierte. Die soziale Marktwirtschaft wurde als Gegenteil der „sozialistischen“ Nachkriegspolitik der Labour Party und der Konservativen und der Politik Heaths nach der Kursänderung (U–turn, eine Wendung in die Gegenrichtung) im Jahre 1972 dargestellt. Einflussreiche Mitglieder der Konservativen Partei verstanden die „soziale Marktwirtschaft“ jedoch als „deutschen Import“ und betrachteten sie mit Skepsis. Das CPS ließ recht bald das Wort „sozial“ weg, die „Marktwirtschaft“ blieb somit ohne Attribut zurück. Margaret Thatcher selbst verurteilte später in ihrem Buch (1993) das westdeutsche Modell als „Art eines korporatistischen, hoch kollektivistischen ökonomischen Systems, das auf einem Konsensus gründet. Es leidet an Erstarung und Steifheit, was die Kosten erhöht und sich auf die germanische Arbeitsdisziplin verlässt“. Das Schlagwort „sozialer Markt“ benutzte sie nie. „Korporatismus und Konsensus“ waren zwei Charakteristiken, um derentwillen der liberale Flügel der Konservativen den sozialen Markt ablehnte und weshalb diese Lehre für ihn – im Unterschied zu Westdeutschland – nicht zur Gesamtorientierung der britischen Wirtschaftspolitik werden konnte.

Im Mai 1974 forderte Keith Joseph Margaret Thatcher auf, stellvertretende Vorsitzende des Zentrums zu werden, was sie annahm, obgleich sie weiterhin Loyalität gegenüber dem Vorsitzenden der Partei und ihrem Premierminister Heath bewahrte (in dessen Schattenkabinett sie Ministerin war). Im Umfeld von Think tank schärfte sie ihre neoliberalen Ansichten, zu denen sie instinktiv jedoch bereits früher tendierte.

Als Reaktion auf zwei Wahlniederlagen und erneut gegen den Willen von Edward Heath riefen die Konservativen die Wahl eines neuen Vorsitzenden aus, der Heath abwechseln sollte. Aufgrund einer Reihe persönlicher Umstände sagten mehrere mögliche Gegenkandidaten die Kandidatur ab. Auf die Aufforderung von Keith Joseph hin nahm Margaret Thatcher an. Während ihrer Wahlkampagne unter den Abgeordneten und Mitgliedern der Partei verkündete sie ihre neoliberale Vision eines neuen Konservatismus mit Überzeugung und Elan, der den enttäuschten Mitgliedern Hoffnung bot. In der zweiten Wahlrunde im Februar 1975 siegte sie überzeugend.

Der zweite Start

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, nach dem Wahlsieg im Februar und erneut im Oktober 1974, regierte in Großbritannien die Labour Party. Premierminister wurde (wie in den Jahren 1964–70) erneut Harold Wilson. 1976 löste ihn James Callaghan ab. Doch auch er schaffte es nicht, die chronischen Mängel der Wirtschaft zu auszubessern. Streik, Inflation und Haushaltsdefizite nötigten den Finanzminister Denis Healey, die Staatsausgaben drastisch zu senken und den Internationalen Währungsfond um eine Anleihe zu bitten. Diese Krise erschütterte das Selbstvertrauen der Regierung und der führenden Staatsbeamten. James Callaghan erklärte auf einer Parteikonferenz 1976, dass „wir zu lange eine Entscheidung über grundsätzliche Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft aufgeschoben haben ... die gemütliche Welt, in der Staatsausgaben und wachsende Defizite Vollbeschäftigung und Steuersenkungen garantiert haben, ist vergangen“. Zwischen den Anhängern der Labour Party begann man über den „sozialen Markt“ in deutschem Sinne und im Sinne des CPS zu reden.

Doch die Gewohnheit und die Tradition des *welfare socialism* der Nachkriegszeit, eines „sozialistischen Wohlfahrtsstaates“ ließen nicht an sich rütteln. Im Winter 1978/79 (*winter of discontent*) erlebte Großbritannien die schlimmste Serie von Streiks seit dem Generalstreik 1926. Brennstoffmangel und Energieknappheit legten Schulen und Krankenhäuser lahm, der Abfall lag auf den Straßen, Tote blieben ohne Begräbnis.

Die Erfahrung dreier Premierminister und der zwei größten politischen Parteien stellte Großbritannien als ein Land dar, das „nicht (erfolgreich) regiert werden kann“ – *ungovernable Britain*. In der Öffentlichkeit bereitete dies den überzeugenden Sieg von Margaret Thatcher bei den Wahlen im Mai 1979 vor. Mit einem liberalen Programm und dem ausdrücklichen Ziel, „die Gewerks-

chaften zu zähmen“, gewann sie 60 Parlamentssitze und eine sichere Parlamentsmehrheit von 42 Stimmen.

Der zweite Start der Lehre von der sozialen Marktwirtschaft ist mit dem Namen David Owen verbunden. Er gehörte zu einer Gruppe von vier führenden Labour–Leuten (*Gang of four*), die unzufrieden mit der extrem linksgerichteten politischen Ausrichtung der Labour Party waren und sich entschieden hatten, eine neue mitte-links–gerichtete Sozialdemokratie aufzubauen, die *Social Democratic Party* (SDP) als Spielart der gleichnamigen kontinentalen Partei. Die Partei wurde 1981 gegründet. David Owen hatte über Jahre an Konferenzen der deutschen Sozialdemokratischen Partei teilgenommen, wo er sich mit deren führenden Mitgliedern angefreundet hatte, und diese Verbindungen beeinflussten seine Vorstellungen tiefgehend. Eine weitere Inspiration war für ihn der amerikanische Philosoph John Rawls, namentlich seine Theorie sozialer Gerechtigkeit im liberalen Kontext. Auf einem Vortrag an der Universität von Strathclyde im Jahre 1981 sprach David Owen erstmals über den sozialen Markt. Lobend äußerte er sich über die vorhergehende Initiative Keith Josephs, betonte jedoch, dass ihre Auffassung sehr unterschiedlich ist.

Die Gründer der SDP wollten die traditionelle britische polarisierte Rechts–Links–Parteienstruktur angreifen, bei der sich ihrer Ansicht nach beide Pole zu sehr von der Mitte abgewandt hatten und in einem „unsinnigen Konflikt, Dogmatismus, plötzlichen Kehrtwendungen und der Betonung des Klassen Gegensatzes“ verharren (SDP 1981). Owen und seine Gruppe bemühten sich um eine stärker konsensuelle Politik. Ihre weiteren Punkte waren Dezentralisierung in Industrie und Gesellschaft und die Betonung der Gleichstellung. Ihr Bemühen, die britische Politik zu verändern war bei den Wählern jedoch nicht erfolgreich und die SDP vereinigte sich 1988 mit der Liberalen Partei unter dem Namen Liberale Demokraten.

Der britische Konfrontationsstil der Politik

Die traditionelle Art, in Großbritannien Gerichtsprozesse zu führen, ist konfrontativ (*adversarial*) – im Unterschied zur untersuchenden (*inquisitorial*) Herangehensweise in Ländern, die an die Tradition des römischen Rechts anknüpfen. Ähnlich konfrontativ ist auch der Stil der Politik (*adversarial politics*). Die Opposition sucht dabei strittige Punkte in der Regierungspolitik und betont eher ihre Nichtzustimmung, als dass sie einen Konsens suchen würde. Besonders in England ist der konfrontative Stil tief verwurzelt: „die politische Kultur des

Unterhauses ist konfrontativ“, schreibt Gillian Peele in ihrem einflussreichen Lehrbuch (2004, S. 201) und zieht zum Vergleich den davon abweichenden Stil des schottischen Parlaments in Edinburgh und der walisischen Versammlung in Cardiff heran: diese beiden Versammlungen bemühten sich stets um einen Konsens und schufen Koalitionsregierungen. Für einen bedeutenden Teil der Konservativen Partei war die Suche nach einem Konsens durch Verhandlungen, wie sie in der europäischen Politik auf dem Kontinent üblich ist, immer etwas Fremdes, ebenso wie die europäischen korporativen Elemente. Mir scheint, dass dieser Zug der englischen politischen Kultur die grundlegende und tiefe kulturelle Ursache dafür ist, dass beide Versuche, einen „sozialen Markt“ als bestimmendes Prinzip der Wirtschaftspolitik einzuführen, scheiterten. Owens Vorstellungen von einer eher konsensuelle Politik und von sozialer Marktwirtschaft bleiben jedoch Ideal der liberalen linken intellektuellen Schichten.

Mit dem Konfrontationsstil der Politik lässt sich jedoch die Krise von Wirtschaft und Politik in den siebziger Jahren nicht erklären. Ihre Wurzeln lagen tiefer in der Klassenstruktur der Gesellschaft, in den konfrontativen Beschäftigungs – und Klassenverhältnissen, in dem, was die britische Soziologie als *adversarial industrial relations* bezeichnet. Deren Ausdruck war die unverantwortliche Vorgehensweise der Gewerkschaften hinsichtlich der Lohnpolitik. Befürchtungen aufgrund der Kampfbereitschaft und der Kraft der Gewerkschaften führten die Arbeitgeber regelmäßig dazu, deren Lohnforderungen nachzugeben – und in der Folge die Preise ihrer Produkte zu erhöhen. Das Inflationsrad der Löhne und Preise wurde angetrieben.

Und noch tiefer im gesellschaftlichen Unterbewusstsein – besonders in der breiten und entscheidenden Mittelklasse – waren immer Patriotismus und Loyalität gegenüber Monarchie und Staat verankert. Darauf berief sich mit Erfolg Margaret Thatcher und schaffte es – durch ihre neoliberale Vorgehensweise – die drohende Katastrophe abzuwenden. Darin erwies ihr der Konfrontationsstil der Politik gute Dienste.

Social Market Foundation

Nach zwei erfolglosen Versuchen auf Ebene der politischen Parteien das Ideal des sozialen Marktes in Großbritannien durchzusetzen, übernahm die Zivilgesellschaft die Initiative. Die Anhänger von David Owen und der aufgelösten Sozialdemokratischen Partei gründeten im Jahre 1989 die *Social Market Foundation* (SMF) als überparteiliche Denkfabrik. Ihr Ziel war und bleibt das

Studium und die Verbreitung einer auf einem vom Staat regulierten Markt gründenden Politik. Mit den Worten der gegenwärtigen Vorsitzenden des Vorstandes ist die Ausgangsthese der Denkfabrik, dass „soziale Gerechtigkeit das Ergebnis einer gut geleiteten kapitalistischen Gesellschaft ist“ (Sieghart 2011). Die Untersuchungen und Publikationen der Denkfabrik befassen sich vor allem mit Schulwesen und Erziehung, Gesundheitswesen und Beschäftigung.

SMF geht dem Kontakt mit Politikern nicht aus dem Weg: der konservative Premierminister John Mayer hielt im September 1994 einen Vortrag zum Thema Verbrechensbekämpfung. Der Premierminister der Labour Party Gordon Brown trug im Mai 2004 eine Grundsatzrede unter dem Titel „Ein modernes Programm für Wohlstand und Sozialreform“ vor.

Strategie von SMF ist es, eine Politik für spezielle wichtige Gebiete des gesellschaftlichen Lebens zu erarbeiten und so Schritt für Schritt die kapitalistische Marktwirtschaft zu humanisieren. Im Zusammenhang mit der kürzlichen Krise ist eine Studie über Arbeitnehmerpartizipation und Arbeitnehmereigentum aus der Feder des Leiters der Forschungsabteilung von SMF (Keohane 2013) ein gutes Beispiel. Sie zeigt, dass die Mängel der gegenwärtig vorherrschenden Form der Kapitalgesellschaft, der *Public Limited Company*, zum Entstehen der Finanzkrise beigetragen haben und dass die Pluralität von Eigentumsformen die Widerstandskraft der Wirtschaft gegenüber Krisen erhöhen würde. Sie empfiehlt Änderungen der Steuerpolitik und des Bankwesens, die einen Arbeitnehmeranteil begünstigen würden. Charakteristischerweise fand die Studie Unterstützung bei der bekanntesten britischen Firma in Eigentümerschaft der Beschäftigten – „Partner“ – der Kaufhauskette John Lewis Partnership. Gegenwärtig gehört die Firma 91 000 Partnern. Die Käufer in ihren Geschäften spüren eine größere Kundenfreundlichkeit als es dem üblichen (guten) Standard entspricht und die Firma ist langfristig erfolgreich.

Eine stärkere Stimme der christlichen Soziallehre

Wie es scheint signalisiert die Kontroverse zwischen den Repräsentanten der Kirchen und Premierminister Cameron, von der ich in der Einleitung berichtet habe, dass die Kirchen damit beginnen, eine stärkere Betonung auf die soziale Problematik im Geiste der christlichen Soziallehre zu legen. Die katholische Wochenzeitschrift *The Tablet* veröffentlichte ein umfangreiches Gespräch mit dem neu ernannten Kardinal Vincent Nichols (Pepinster 2014), das in dem Sin-

ne ausklang, dass er seine Berufung in der Verteidigung der Rechte der Armen, Verletzten und an den Rand der Gesellschaft Gedrängten sieht. Die redaktionelle Einleitung drückte dies in dem Titel aus „*Nichols option for the poor*“ (Nichols vorrangige Sorge um die Armen, *Tablet* Editorial 2014). Dies kann eine Konfrontation mit der weltlichen Macht hervorrufen, wie die in der Einleitung erwähnte Kontroverse vom April zeigt, doch es gibt auch Anzeichen dafür, dass die Gesellschaft bereit ist, die Stimme der Kirchen mit offenem Geist aufzunehmen (FT Editorial 2014). Die christlichen Kirchen verbinden Kenntnisse aus dem direkten Kontakt mit verschiedenen Schichten der Gesellschaft, einschließlich der Ärmsten, mit einer ausgearbeiteten geistig reichhaltigen Soziallehre. Dies gibt ihr eine eigene und unersetzliche Stimme.

Schluss

Dieses Koreferat hat zwei erfolglose Versuche auf Ebene der politischen Parteien beschrieben, das Ideal des sozialen Marktes in Großbritannien programmatisch durchzusetzen. Demgegenüber ist die private Stiftung SMF in der begrenzten, doch bedeutenden Rolle einer Quelle neuer Gedanken und eines einflussreichen Kommentators innerhalb der Problematik des sozialen Marktes erfolgreich. Im Wettbewerb des Magazins *Prospect* wurde SMF zur Denkfabrik des Jahres 2012 ernannt. In der Begründung heißt es, dass SMF intellektuellen Schliff mit der Fähigkeit verbunden hat, die besten Fachleute für ihre Vorträge, öffentlichen Diskussionen und Publikationen zu gewinnen. In den ökonomischen Debatten hat SMF einen neutralen intellektuellen Ort der Begegnung geboten. Sofern in der öffentlichen Debatte die Kirchen und die Stimme der christlichen Soziallehre öfter zu hören sein werden, so kann dies die Bedeutung der Tätigkeit von SMF nur steigern und ihren kombinierten Einfluss verstärken.

Zum Abschluss weise ich nur auf das neue Buch von Professor Colin Crouche, *Making Capitalism Fit for Society* hin. Den sozialen Markt erwähnt er nicht, doch seine Analysen und zahlreichen Vorschläge fallen in den breiten Kontext des sozialen Marktes. Sein zentrales Begriffspaar bietet Anregungen für die hier verhandelte Problematik: *defensive and assertive Social Democracy* (defensive und durchsetzungsfähige Sozialdemokratie). Eine selbstbewusste, durchsetzungsfähige Regierung ist eine solche, die eine ausreichend starke Überzeugung und Entschlossenheit besitzt, das Gemeinwohl auch gegen mächtige Teilinteressen durchzusetzen. Eine solche, die nicht in den Bann des Kapitalismus fällt. Crouch schlägt mögliche Wege und Verbündete vor.

Laut Vertrag über die Europäische Union wird sich die EU um einen nachhaltige Entwicklung auf Grundlage einer sozialen Marktwirtschaft bemühen (EU 2012 Treaty, Kapitel I, 3,3.). Dieses Ziel zu erfüllen wird gewiss sowohl eine selbstbewusste, durchsetzungsfähige sozialdemokratische Regierung erfordern, als auch intellektuelle Hilfe und politische Unterstützung von Seiten der SMF und der Kirchen.

Verweise und Quellen

BBC 2014, 21. April, „David Cameron Christianity claim backed by religious groups“
<<www.bbc.co.uk/news/uk-27105023>>

John Bingham 2014, „David Cameron is sowing sectarianism and division by insisting that Britain is still a, Christian country‘ an alliance of writers, scientists, philosophers and politicians has claimed“, in: FT, 21. April

David Cameron 2014, „My faith in the Church of England“, in: Church Times, 16. April

Colin Crouch 2013, Making Capitalism Fit for Society. Polity

EU 2012, Treaty on EU Consolidated versions

FT Editorial 2014, „Britain’s bishops deserve a hearing. Cameron’s welfare reforms are justified but there are flaws“, in: Financial Times, 21. Februar

Simon Jenkins 2006, Thatcher & Sons. A Revolution in Three Acts. Allen Lane

Keith Joseph 1975, Why Britain needs a social market economy, London: CPS

Nigel Keohane 2013, Mutually Assured Growth? Employee ownership and the UK economy. Social Market Foundation, London

Matthew Lakin 2009, „David Owen, New Labour and the Social Market Economy“, Dissertation, University of Nottingham

Letter 2014, „David Cameron fosters division by calling Britain a, Christian country‘: Most Britons are not Christians“, in: The Telegraph, 21. April

Gillian Peele 2004, Governing the UK (4. Ausgabe), Blackwell

Catherine Pepinster 2014, interviewing Vincent Nichols „Cardinal with a cause“, in: The Tablet, 22. Februar

SDP 1981, „Twelve Tasks for Social Democrats“, Programmdokumente, 16. März, zitiert nach Lakin 2009

Mary Ann Sieghart 2011, Markets in a State? The Social Market Foundation at 21. Social Market Foundation, London

Manfred E. Streit, Michael Wohlgemuth 1997, The Market Economy and the State: Hayekian and ordoliberal conceptions, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen

Tablet Editorial 2014, „Nichols’ option for the poor“, in: The Tablet, 22. Februar

Margaret Thatcher 1993, The Downing Street Years, HarperCollins

Helen Warrell, Jim Pickard 2014, „Clergy preach to Cameron on benefit reform“, in: Financial Times, 21 Februar